

GERHARD DILGER

BRASILIENS PUTSCHISTEN WOLLEN DIE GANZE MACHT

MOTIVE UND HINTERGRÜNDE FÜR DAS AMTSENTHEBUNGSVERFAHREN GEGEN DILMA ROUSSEFF

Die BetreiberInnen des kalten Staatsstreichs in Brasilien haben ihre wichtigste Hürde genommen: Am 17. April 2016 stimmten 367 von 513 Mitgliedern des Abgeordnetenhauses für das *impeachment* von Präsidentin Dilma Rousseff von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei PT. Sollte eine einfache Mehrheit des Senats im Mai ebenfalls für das Amtsenthebungsverfahren votieren, wird die Staatschefin für 180 Tage suspendiert.

Rousseff, ihr Vorgänger Luiz Inácio Lula da Silva und die PT sind am wiederhergestellten Bündnis der alten Eliten gescheitert, das neben der reaktionären Mehrheit im Kongress die zentralen Kräfte des Unternehmerlagers, die großen Medien und wichtige Teile des Justizapparats umfasst. Doch den Weg zur historischen Niederlage haben sie durch eigene strategische Fehler freigemacht.

Nachdem die programmatisch amorphe Zentrumsparterie PMDB (Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens), Koalitionspartner seit 2005, am 29. März 2016 den Austritt aus der Regierung verkündet hatte, gab es auch bei den kleinen rechten Parteien kein Halten mehr. Am Tag der Abstimmung schließlich war das Regierungslager auf seinen harten Kern zusammengeschmolzen: die PT, die Kommunistische Partei (PCdoB), die Demokratische Arbeitspartei (PDT) sowie DissidentInnen quer durch das politische Spektrum. Mit Nein stimmten außerdem alle sechs Abgeordneten der linken Oppositionskraft PSOL (Partei für Sozialismus und Freiheit).

OPERETTENPUTSCH IN ZEITLUPE

Das ganze Elend der brasilianischen Politikerkaste – gegen rund 300 Abgeordnete wird wegen diverser Schiebereien ermittelt – kam in einer grotesken fünfständigen Parlaments-sitzung¹ zum Vorschein, in der die politisch gelähmte, aber in Sachen Korruption kaum angreifbare Präsidentin wegen «Verantwortlichkeitsverbrechen» verurteilt wurde. Hinter diesem Begriff verbergen sich Haushaltstrickereien, eine in Brasilien wie auch anderswo übliche und kaum geahndete Regierungspraxis.² Regie führte Rousseffs machiavelistische Intimfeind, Parlamentspräsident Eduardo Cunha (PMDB), der sich trotz Schmiergeldern in Millionenhöhe auf Schweizer Konten und zahlreicher anderer Beschuldigungen einer Verurteilung bislang entziehen konnte – das bra-

silianische Justizwesen ist nicht nur extrem langsam, sondern vor allem sind viele seiner Akteure sehr parteiisch. «Gott erbarme sich unseres Landes», sagte der bestens vernetzte Rechtsevangelikale vor seiner Stimmabgabe – inmitten tumultartiger Szenen, in denen auch noch Verwandte, Freunde, ein Folterer der Militärdiktatur, die brasilianischen Versicherungsmakler oder der Frieden in Jerusalem beschworen oder Cunha als «Gangster» beschimpft wurden.³

Große Teile der alten Eliten, die sich während der gut 13-jährigen Regierungszeit von Lula da Silva (2003–2010) und Dilma Rousseff (seit 2011) in einen Sozialpakt mit der PT und dem ihr nahestehenden Gewerkschaftsdachverband CUT hatten einbinden lassen, haben also das sinkende Schiff verlassen. Als Interimspräsident bereit steht Rousseffs Vize Michel Temer, 75, ebenfalls PMDB, bislang eher bekannt als «begabter Strippenzieher und Postenschieber im Hintergrund».⁴

Wie es in den kommenden Monaten weitergehen wird, lässt sich nur spekulieren. Die politische Lage in Brasilien sei derzeit so, dass es unmöglich sei, irgendwelche Vorhersagen über 24 Stunden hinaus zu machen, sagt der Politologe André Singer. Zu analysieren ist hingegen, wie es so weit kommen konnte, dass die PT, immerhin die wichtigste Linkspartei Lateinamerikas, vor einem Scherbenhaufen steht.

DILMAS WAHLBETRUG

Rousseffs zweite Amtszeit stand unter keinem guten Stern. Zwar konnte sie durch einen furiosen Wahlkampfsput,

in dem sie einen Großteil der zunächst zögerlichen sozialen Bewegungen hinter sich scharen konnte,⁵ am 26. Oktober 2014 die Stichwahl gegen den konservativen Kandidaten Aécio Neves (PSDB – Sozialdemokratische Partei Brasiliens) mit 51,6 Prozent der gültigen Stimmen für sich entscheiden. Doch dann schlug die gelernte Ökonomin genau jenen neoliberalen Wirtschaftskurs ein, mit dem vor der Wahl Neves und die drittplatzierte Ex-Grüne Marina Silva für sich geworben hatten.

Mit Joaquim Levy machte sie einen Banker und waschechten Chicago Boy zum Finanzminister, und der setzte einen «rezessiven Schock» in Szene, der nicht nur Rousseffs Wahlversprechen Lügen strafte, sondern auch eine radikale Abkehr von ihrer neokeynesianischen Politik während den ersten beiden Jahre ihrer ersten Amtszeit darstellte. Damals hatte sie, weitaus dezidierter als zuvor Lula, versucht, ähnlich wie US-Präsident Franklin D. Roosevelt (1933–1945) die soziale Ungleichheit zu verringern und den Grundstein zur Bildung einer breiten Mittelschicht zu legen. Mit «unerwarteter Kühnheit» habe Rousseffs Wirtschaftsteam zunächst auf Staatsintervention und Niedrigzinspolitik gesetzt, rekapituliert Singer, doch auf Druck des Finanzkapitals und schließlich auch vieler zunächst aufgeschlossener UnternehmerInnen ruderte die Präsidentin schließlich zurück.⁶

Ein Grund dafür war nicht zuletzt das Ende des Rohstoffbooms, der zuvor sämtlichen südamerikanischen Linksregierungen Spielräume für umfangreiche Sozialprogramme verschafft hatte. Leider hatte man diese Bonanza auch in Brasilien nicht dazu genutzt, die große Exportabhängigkeit zu reduzieren, im Gegenteil. Pharaonische und korruptionstreibende Megaprojekte wie die Flussumleitung des Rio São Francisco im Nordosten wurden zu Milliardengräbern.

Die Auswirkungen der nun von Rousseff betriebenen Austeritätspolitik ließen nicht auf sich warten. Brasilien erlebt die heftigste Rezession seit Jahrzehnten: 2015 sank das BIP um 3,5 Prozent, für 2016 sind die Aussichten ähnlich düster. Die Folge sind Massenarbeitslosigkeit und Einkommensverluste auf breiter Front. Zeitweise sanken die Popularitätswerte der Staatschefin in den einstelligen Bereich, die PT-Basis drängte – erfolglos – auf einen erneuten Kurswechsel.

JUNI 2013: VERPASSTE CHANCE

Doch nicht nur auf ökonomischer Ebene zeigte sich Rousseff beratungsresistent. Im kollektiven Gedächtnis präsent sind noch immer die Massenproteste vom Juni 2013 gegen Fahrpreiserhöhungen, die Milliardenausgaben für die Fußball-WM, gegen strukturelle Mängel im Bildungs- und Gesundheitswesen, aber auch damals schon: gegen «die Korruption», die Regierung, die PT. Daraufhin ließ das mehrheitlich konservative Parlament flugs ein paar umstrittene Gesetzesentwürfe in der Schublade verschwinden.⁷ Der von manchen erhoffte Linksschwenk der Regierung blieb jedoch aus. Wie schon so oft seit 2003 fügte sich die vom Mehrheitsflügel um Lula dominierte PT in die scheinbar unvermeidliche Koalitionslogik, die politisch bereits angeschlagene und von den sozialen Bewegungen entfremdete Präsidentin beließ es bei kurzatmigen Reformversuchen.

Im Rückblick kann der Juni 2013 hingegen als Aufbruchsmoment einer Bewegung von jungen, neuen, stramm neoliberalen Rechten gelten, die seither – vor allem mit tatkräftiger Hilfe der mächtigen Mainstreammedien – die Hegemonie auf den Straßen übernommen hat. Im Unterschied dazu waren die linken, oft autonom und entsprechend regie-

rungskritisch ausgerichteten Gruppen seither nicht in der Lage, auch nur ansatzweise ein eigenes Projekt jenseits des PT-Pragmatismus zu skizzieren. In der Stichwahl dürften sie zwar noch zumindest teilweise zum Sieg Rousseffs beigetragen haben, aber auf der Linken herrscht allenthalben Ratlosigkeit.

In den letzten Wochen konnte Lula nach einer beispiellosen «Hexenjagd»,⁸ die letztlich dem Amtsenthebungsverfahren den Boden bereitete, zumindest bei seinen früheren AnhängerInnen wieder punkten. Eine vom Meinungsforschungsinstitut Datafolha am 7. und 8. April durchgeführte Umfrage belegt, dass er bei einer Präsidentschaftswahl 2018 zusammen mit Marina Silva gute Chancen haben könnte, die Konservativen schwächeln hingegen, und Michel Temer lag gar nur bei zwei Prozent.⁹ Der *lulismo*, obgleich «im Koma», sei also noch nicht ganz abzuschreiben, betont André Singer, Lulas erster Regierungssprecher.

WER SIND DIE PUTSCHISTEN?

Ähnlich wie in Paraguay im Juni 2012, wenn auch mit Ansage und über Monate hinweg, spielt sich in Brasilien gerade ein «kalter» parlamentarischer Staatsstreich ab, in einem fein abgestimmten Zusammenspiel zwischen Traditionspolitikern wie Temer oder dem rechtsliberalen Expräsidenten Fernando Henrique Cardoso (PSDB, 1995–2002), dem Medienkonzern Globo, den Wochenmagazinen *Veja*, *Época* und *Istoé*, sämtlichen Tageszeitungen und wachsenden Teilen der Justiz. Selbst der Oberste Gerichtshof, dessen Mitglieder mehrheitlich von den PT-Präsidenten nominiert wurden, verhinderte das Schauspiel im Abgeordnetenhaus nicht, denn der dort vorherrschenden Lesart zufolge geht es verfassungsrechtlich im Kern mit rechten Dingen zu. «Das *impeachment* ist ein antidemokratisches und elitäres Mittel. Aber es ist legal», meint der Historiker Daniel Aarão Reis.¹⁰ Nach der Diktatur (1964–1985) habe die von ihr geprägte politische Klasse das bis heute herrschende System entwickelt, um sicherzustellen, dass es im Kern unangestastet bleibt, schreibt der Historiker Perry Anderson.¹¹

Die These eines Staatsstreichs oder zumindest eines eindeutig politischen Prozesses wird hingegen nicht nur von den direkt Betroffenen, sondern auch von vielen BrasilianerInnen und einer Mehrheit ausländischer BeobachterInnen geteilt. Es handele sich «um einen verfassungswidrigen Umsturz, um einen Staatsstreich, mit dem sich an der Macht Beteiligte und die sie unterstützenden Eliten der gesamten Staatsgewalt bemächtigen», findet etwa Yesko Quiroga, früherer BÜroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in São Paulo. «In einem Kongress ohne Legitimität werden von der Korruption angeklagten Parlamentariern Mehrheiten gebildet, um die Exekutive zu stürzen und einen Politikwechsel einzuleiten, den sie über Wahlen nicht haben durchsetzen können».¹² Kritische Töne kamen auch von den linksliberalen Vorsitzenden der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und der Union der südamerikanischen Staaten (Unasur).

Das Ziel der medial klar dominierenden Rechtsallianz «der Räuber»¹³ ist die Wiederherstellung einer «marktkonformen» Demokratie ohne viele staatliche Regulative. International ist ihr das Wohlwollen der Finanzmärkte und ihrer politischen Agenten gewiss: «Time to go» titelte das Londoner Wochenmagazin *The Economist* bereits Ende März.¹⁴

Im Parlament stellen die «BBB»-Abgeordneten (*boi, biblia e bala* – Bulle, Bibel und Blei, also die Agrar-, Sekten- und Waffenlobby) die absolute Mehrheit. Diese meist unbekann-

teren HinterbänklerInnen stimmten zu vier Fünftel gegen die Präsidentin – manche, wie Eduardo Cunha, gehören allen drei Gruppen an. Ihre Agenda ist zutiefst reaktionär. Ihre Gesetzesvorhaben richten sich gegen ArbeiterInnen, Frauen, Schwarze, Indigene, die LGBT-Community – und die Umwelt. Zumindest teilweise konnte die jetzt zerfallende Regierungskoalition von Dilma Rousseff seit 2011 die ärgsten Auswüchse bremsen, für progressive Reformen fehlt ihr schon längst die Kraft.

Die großen Medien berichten auffällig wohlwollend über diese PolitikerInnen, auch wenn vordergründig Meinungspluralismus propagiert wird. Nun rächt sich, dass weder Lula noch Rousseff in gut 13 Jahren Regierungszeit ernsthaft das private Medienmonopol infrage gestellt haben. Der öffentlich-rechtliche Sender TV Brasil hat gegen die Privaten keine Chance. In den sozialen Netzwerken machen sich Klassenkampf von oben und Rassenhass völlig ungefiltert breit, wie auch auf den großen Demonstrationen der Opposition seit 2015, wo bisweilen ungeniert für eine Rückkehr der Militärdiktatur plädiert wird.

Doch die Unterstützung für das Amtsenthebungsverfahren reicht weit in die bürgerliche Mitte hinein. Auch dort dominieren weniger rechtsstaatliche Überlegungen, sondern vor allem der Wunsch, die trotz ihrer moderaten Politik verhasste PT endlich – und möglichst definitiv – loszuwerden. Liberale UnternehmerInnen, vielfach medial verstärkt, beklagen vor allem die seit 2014 immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Staatseinnahmen und -ausgaben, die aber eine Folge der durch marktliberale Rezepte verstärkten Rezession ist.

PT: IM SYSTEM ANGEKOMMEN

Geradezu tragisch ist die Tatsache, dass sich die PT in der größten Krise ihrer Geschichte befindet, obwohl sie eben eine nach europäischen Maßstäben traditionelle sozialdemokratische Politik des Klassenausgleichs versuchte – ganz anders als etwa Hugo Chávez in Venezuela oder selbst die Kirchner in Argentinien. Nach Lulas zweiter verlorener Wahl 1994 wurde die unkonventionelle Linkspartei der 1980er Jahre gezielt zu einer konventionellen Wahlkampfmaschine umgebaut.

Vor seinem strahlenden Wahlsieg 2002 gelobte Lula gegenüber dem IWF und den Finanzmärkten die Einhaltung geltender Verträge. Statt die Aufbruchsstimmung Anfang 2003 dazu zu nutzen, beherzt Strukturreformen anzugehen, entschied sich Lula für einen konservativen wirtschaftspolitischen Kurs. Der Rohstoffreichtum wurde etwas gerechter verteilt, aber die Reichen mussten nichts abgeben. Die PT sei wie die PSDB eine Partei des Zentrums geworden, bürokratisiert, verbürgerlicht und «früh gealtert», kritisierte der Soziologe Francisco de Oliveira bereits Ende 2003.¹⁵

Den Korruptionsskandal *mensalão*, bei dem Lulas Präsidentschaftsminister José Dirceu monatliche Zahlungen an konservative ParlamentarierInnen organisierte, saß der Präsident aus, eine Rückbesinnung der PT auf die hohen moralischen Standards, die sie als Oppositionspartei proklamiert hatte, unterband er. Und all das trotz eines klassischen Lula-Zitats aus dem Jahr 1993, als er über «300 Gauner» im Kongress klagte, die «nur ihre eigenen Interessen» verteidigten.

Anstatt in Zeiten eigener Stärke eine Reform des politischen Systems – angefangen bei der Wahlkampffinanzierung – in Angriff zu nehmen, ging die PT darin auf. Wie die Enthüllungen der seit zwei Jahren laufenden Untersuchung *Lava Jato*

(Autowäsche) zeigen, sind in dem riesigen Korruptionsskandal um den halbstaatlichen Erdölkonzern Petrobras nicht nur, aber eben auch Millionenbeträge an die PT geflossen. Gleiches geschah bei anderen Megaprojekten wie dem skandalumwitterten Staudamm Belo Monte am Amazonas-Nebenfluss Xingu, den Lula und Dilma Rousseff gegen sämtliche Widerstände und unter Beugung rechtsstaatlicher Kriterien durchsetzten.¹⁶

Mitte März wurde eine Liste des brasilianischen Baukonzerns Odebrecht bekannt, auf der detaillierte Zahlungen an PolitikerInnen jedweder Couleur auftauchen. «Es handelt sich eben nicht um eine Episode, sondern die illegalen Praktiken waren strukturell und zeigen, wie Politik in Brasilien funktioniert und wie politische Kampagnen finanziert werden: Korruption ist tief in die staatlichen Strukturen und Logiken, Handlungen und Motivationen eingewoben», sagt die Soziologin Camila Moreno.¹⁷

Nicht zuletzt ist die Hybris der beiden PT-Staatschefs eine Ursache der jetzigen Krise. Auf dem Gipfel seiner Popularität, auf dem er die Fußball-WM und die Olympischen Spiele nach Brasilien holte, war Lula ein Superstar auf der Bühne der Weltpolitik, der von Hugo Chávez wie von Barack Obama geschätzt wurde. Die Technokratin Rousseff hingegen, ebenfalls mit einem überdurchschnittlichen Selbstbewusstsein ausgestattet, zeigte sich unfähig, in der Schlangengrube Brasília zu bestehen. Gerade bei ungünstigen Mehrheitsverhältnissen im Parlament – 2003 stellte die PT 91 von 513 Bundesabgeordneten, heute sind es nur noch 62 – ist politischer Dialog unabdingbare Voraussetzung für politischen Erfolg. Beschwingt vom Rohstoffboom der 2000er Jahre, schied Lula Ende 2010 mit einer Popularität von 86 Prozent aus dem Amt. Dennoch: Dass er in bester Caudillo-Manier per Fingerzeig Rousseff zu seiner Nachfolgerin erkor, rächt sich jetzt.

ENDE DES LINKSRUCKS IN SÜDAMERIKA

In Brasilien droht nun ein Rollback, in dem nicht nur die sozialen Errungenschaften aus 13 Jahren PT-Regierung weiter zurückgedrängt werden. Selbst die Werte der Verfassung von 1988, die drei Jahre nach dem Ende der Diktatur in Kraft trat, sind jetzt in Gefahr.¹⁸

Der wahrscheinliche Sturz Dilma Rousseffs ist das jüngste Anzeichen dafür, dass der historisch einzigartige progressive Zyklus in Südamerika zu Ende geht. Nach dem Sieg des Rechtsliberalen Mauricio Macri in Argentinien, der Niederlage des chavistischen Lagers bei der Parlamentswahlen in Venezuela und der Absage der BolivianerInnen an Evo Morales, der bei der kommenden Präsidentschaftswahl kein weiteres Mal mehr antreten darf, nun also der «kalte Putsch» in Brasília. Allerdings sind dessen geopolitischen Implikationen von ganz anderer Reichweite.

Die selbstbewusste Außenpolitik Brasiliens unter Lula hatte zu neuen regionalen Bündnissen und einem nie gekannten Rückgang des Einflusses Washingtons in Lateinamerika geführt; das «Begräbnis» der gesamtamerikanischen Freihandelszone Alca im argentinischen Mar del Plata 2005 wurde zum Fanal. Doch die Schattenseiten eines ungebrochenen Fortschritts- und Wachstumsdenkens bei der Regierungslinken sind schon seit Längerem nicht mehr zu übersehen.¹⁹ Kritische Intellektuelle wie der Venezolaner Edgardo Lander erklärten bereits im letzten Jahr, in Lateinamerika sei der Begriff Sozialismus diskreditiert und unbrauchbar für die politische Auseinandersetzung – er dachte dabei vor allem an die

«bolivarianischen» Projekte in Venezuela, Ecuador und Bolivien.

Im Brasilien der PT-geführten Koalitionsregierungen stand der Sozialismus nie auf der Tagesordnung, bei aller Affinität Lulas zu seinen progressiven AmtskollegInnen. Mehr noch: Es gab nicht einmal ein kohärentes Reformprojekt für Brasilien, immer stärker stand der Machterhalt um seiner selbst willen im Vordergrund. Daher ist die Desillusionierung mit der PT schon viel älter als die jetzige Krise.

CHANCE AUF EINEN NEUANFANG?

Gerade wenn man sich die absurden Szenen bei der Abstimmung im Abgeordnetenhaus von Brasília noch einmal vor Augen führt: Die Demontage von Dilma Rousseff stellt einen zivilisatorischen Rückschritt dar. Zugleich bietet auch diese Krise die Chance zur Reflexion und (Selbst-)Kritik. Dazu wäre es notwendig, den Staat «als Terrain und Akteur zu begreifen, der sich ständig «von unten», d. h. aus der kritischen Zivilgesellschaft heraus erneuern muss», schreibt der Politikwissenschaftler Ulrich Brand in Bezug auf Lateinamerika. «Das Interessante zu Beginn der Linksentwicklungen in Lateinamerika lag ja darin, in der Krise des neoliberalen Staates eben Politik ganz anders zu denken – als produktives und spannungsreiches Verhältnis von sozialen Bewegungen, solidarischen Praktiken und Staat.»²⁰

An diese Traditionen gilt es anzuknüpfen. Darüber hinaus scheint «ein neues Bewusstsein zu entstehen, das größtenteils ein Produkt der Sozialpolitik der Linksregierungen ist», meint Raúl Zibechi aus Uruguay vielleicht ein wenig zu optimistisch und verweist auf junge, gut ausgebildete brasilianische FavelabewohnerInnen. «Die heutigen Bewegungen sind weniger ideologisch und in ihren Forderungen konkreter, aber nicht weniger schlagkräftig.»²¹ Gerade der Juni 2013 in Brasilien hat gezeigt, dass es ein emanzipatorisches Potenzial gibt, das noch auf der Suche nach Entfaltung ist. Doch das dürfte ein langwieriger Prozess werden. Ob und wann der «brasiliatische Frühling» tatsächlich ausbricht oder gar die Linke in der Region eine zweite Chance bekommt, ist völlig offen.

Gerhard Dilger leitet das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in São Paulo.

Weitere Informationen zur Region erhalten Sie im Newsletter des Referats Amerika und Vereinte Nationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

1 Fischermann, Thomas: Brasiliens politischer Karneval, Zeit Online, 18.4.16, unter: www.zeit.de/politik/ausland/2016-04/dilma-rousseff-brasilien-amtsenthebung-abstimmung-parlament. **2** Weisbrot, Mark: Brazilian Coup Threatens Democracy and National Sovereignty, Huffington Post, 14.4.16, unter: www.huffingtonpost.com/mark-weisbrot/brazilian-coup-threatens_b_9694928.html. **3** Glüsing, Jens: Parlament gegen Präsidentin in Brasilien: Aufstand der Scheinheiligen, Spiegel Online, 18.4.16, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-parlament-stimmt-gegen-dilma-rousseff-die-analyse-a-1087707.html. Ein entsprechender Artikel in der spanischen Zeitung *El País* trägt den schönen Titel: «Gott stürzt die Präsidentin»; unter: http://internacional.elpais.com/internacional/2016/04/18/actualidad/1460935957_433496.html. **4** Herrmann, Boris: Der erstaunliche Karriereprung eines «Dekorationsvize», SZ online, 18.4.16, unter: www.sueddeutsche.de/politik/profil-michel-temer-1.2954485. **5** Dilger, Gerhard: Schafft es Dilma doch noch? Zur Stichwahl in Brasilien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 20/2014, Berlin, unter: www.rosalux.de/publication/40860/schafft-es-dilma-doch-noch.html. **6** Singer, André: Cutucando onças com varas curtas. O ensaio desenvolvimentista no primeiro mandato de Dilma Rousseff (2011-2014), Novos Estudos Cebap 102 (Juni 2015), unter: <http://novosestudios.uol.com.br/v1/contents/view/1604>. **7** Dilger, Gerhard: Kein Wunder in Brasilien, le monde diplomatique, 12.7.13, unter: www.monde-diplomatique.de/pm/2013/07/12/monde:Text1.artikel,a0006.idx,1. **8** Glüsing, Jens: Staatskrise in Brasilien: Kalter Putsch, Spiegel Online, 19.3.16, www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-hexenjagd-auf-lula-ein-kalter-putsch-kommentar-a-1083218.html. **9** Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Datafolha, 11.4.16, unter: <http://datafolha.folha.uol.com.br/eleicoes/2016/04/1759695-lula-e-marina-lideram-corrida-eleitoral-e-tucanos-tem-trajetoria-de-queda.shtml>. **10** Reis, Aarão: Trata-se de salvar ou não Dilma, mas para que exatamente?, El País, 17.4.16, unter: http://brasil.elpais.com/brasil/2016/04/16/politica/1460835008_8966666.html. **11** Von ihm stammt die tiefendendeste Analyse zur derzeitigen Krise. Anderson, Perry: Crisis in Brazil, London Review of Books, 21.4.16, unter: www.lrb.co.uk/v38/n08/perry-anderson/crisis-in-brazil. **12** Leserbrief zu Birle, Peter: Kalter Putsch?, IPG-Journal, 7.4.16, unter: www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/kalter-putsch-1370/. **13** Fatheuer, Thomas: Eine Koalition der Räuber, Lateinamerika-Nachrichten, April 2016, unter: <http://rosaluxspba.org/de/eine-koalition-der-rauber/>. **14** Time to go, The Economist, 26.3.16, unter: www.economist.com/news/leaders/21695391-tarnished-president-should-now-resign-time-go. **15** Wahl, Achim: Die Regierung Lula nach ihrem ersten Jahr, Utopie kreativ 167, September 2004, unter: www.rosalux.de/publication/15727/die-regierung-lula-nach-ihrem-ersten-jahr.html. **16** Glass, Verena: Wer oder was sind die Linken?, iz3w 353, März/April 2016, unter: <http://rosaluxspba.org/de/wer-oder-was-sind-die-linken/>. **17** «Die ganze politische Klasse ist involviert», Interview von Camila Moreno mit Ulrich Brand, neues deutschland, 4.4.16, <http://rosaluxspba.org/de/die-ganze-politische-klasse-ist-involviert/>. **18** Vgl. hierzu Brand, Ulrich (Hrsg.): Lateinamerikas Linke. Ende eines Zyklus? Hamburg (im Erscheinen). **19** Dilger, Gerhard: Unser Kompass zeigt gen Süden, le monde diplomatique, 8.4.2011, unter: www.monde-diplomatique.de/pm/2011/04/08.mondeText1.artikel,a0051.idx,15. **20** Brand, Ulrich: Einleitung, in: Brand (Hrsg.): Lateinamerikas Linke. **21** Zibechi, Raúl: Südamerikas neue politische Landkarte. Die Krise der linken Regierungen auf dem Subkontinent, *ila* 392, Februar 2016, S. 33f.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: April 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling